

Verwaltungsbericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1971)

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht über die Präsidentialverwaltung

Regierungspräsident:

1. Januar bis 31. Mai 1971: Dr. Hans Tschumi

1. Juni bis 31. Dezember 1971: Erwin Schneider

Regierungsvizepräsident:

1. Januar bis 31. Mai 1971: Erwin Schneider

1. Juni bis 31. Dezember 1971: Simon Kohler

Am 17. Januar 1971 verschied nach langer Krankheit Staats-
schreiber Rudolf Stucki.

Der Verstorbene wurde 1947 zum juristischen Mitarbeiter der
Justizdirektion des Kantons Bern gewählt, und auf den 1. Januar
1953 übernahm er das Grundbuchinspektorat. Ab 1. Januar 1959
amtete er als 1. Sekretär der Justizdirektion bis zu seinem Amts-
antritt als Staatsschreiber, der auf den 1. Juni 1969 erfolgte.

Rudolf Stucki war ein ausgezeichnete Kenner des bernischen
Staats- und Verwaltungsrechtes. Er hat dem Kanton Bern her-
vorragende Dienste geleistet. Leider war es ihm nur kurze Zeit
vergönnt, als Staatsschreiber zu amten. Trotzdem hat er sich,
und zwar bis in die letzten Tage, mit allen Problemen der Präsi-
dialabteilung befasst. Besonders am Herzen lag ihm die Reorga-
nisation des Regierungsrates und der Staatskanzlei.

Der Grosse Rat wählte am 10. Februar 1971 Herrn Martin Josi als
neuen Staatsschreiber. Zum Vizestaatsschreiber wurde Herr
André Ory gewählt.

Volksabstimmungen und Wahlen

A. Kantonale

7. Februar:

Abstimmungen

Volksbeschluss über die befristete Weiterführung der Mass-
nahmen zur Förderung des Wohnungsbaues, Ja 99341 gegen
Nein 37060;

Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für
Massnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in
Berggebieten, Ja 112714 gegen Nein 24618.

Stimmbeteiligung: 51,39 Prozent.

6. Juni:

Abstimmungen

Gesetz über die Gebäudeversicherung, Ja 74870 gegen Nein
18776;

Gesetz vom 8. Dezember 1963 über die Kantonalbank von Bern
(Abänderung), Ja 63311 gegen Nein 28066;

Gesetz vom 3. Dezember 1950/6. Dezember 1964 über die Nut-
zung des Wassers (WNG) (Abänderung bzw. Ergänzung), Ja
76521 gegen Nein 17431;

Gesetz über die Landwirtschaftliche Berufsschule, Ja 68031
gegen Nein 25191.

Stimmbeteiligung: 36,21 Prozent.

12. September:

Abstimmungen

Volksbeschluss betreffend den Kredit für den Neubau der Uni-
versitäts-Kinderklinik des Inselspitals, Ja 33540 gegen Nein
17032;

Gesetz vom 5. Oktober 1952 über die Arbeitsvermittlung und
die Arbeitslosenversicherung (Abänderung), Ja 38376 gegen
11020 Nein;

Gesetz vom 24. Juni 1970 betreffend die Einführung des Bun-
desgesetzes über Ordnungsbussen im Strassenverkehr und
die Erhebung von anderen Ordnungsbussen, Ja 31358 gegen
Nein 18587;

Gesetz vom 7. Juli 1918 betreffend die Abänderung der Zivil-
prozessordnung für den Kanton Bern (Zuständigkeit und Ver-
fahren bezüglich der obligationenrechtlichen Kündigungsbe-
schränkung im Mietrecht), Ja 36844 gegen Nein 11847;

Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 22. Okto-
ber 1961 über die Verwaltungsrechtspflege, Ja 32903 gegen
Nein 14795.

Stimmbeteiligung: 18,22 Prozent.

12. Dezember:

Abstimmungen

Staatsverfassung des Kantons Bern; Einführung des Frauen-
stimm- und -wahlrechts in kantonalen Angelegenheiten (Ab-
änderung von Art. 3 und 13), Ja 78656 gegen Nein 16302;

Gesetz über die Förderung der Wirtschaft, Ja 47619 gegen
Nein 44914;

Gesetz über das Gemeindewesen, Ja 69268 gegen Nein 21837;
Gesetz über die Ermässigung der Einkommenssteuern des
Staates und der Gemeinden, Ja 79313 gegen Nein 14892.

Stimmbeteiligung: 34,38 Prozent.

B. Eidgenössische

7. Februar:

Abstimmungen

Bundesbeschluss über die Einführung des Frauenstimm- und
-wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten, Ja 95466
gegen Nein 48044.

Stimmbeteiligung: 51,39 Prozent.

6. Juni:

Abstimmungen

Bundesbeschluss betreffend den Schutz des Menschen und
seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Ein-
wirkungen, Ja 164240 gegen Nein 9961;

Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes, Ja 129487 gegen Nein 41502.
Stimmeteiligung: 29,66 Prozent.

31. Oktober:

Wahlen

Erneuerungswahlen für den Nationalrat (Erläuterungen und Ergebnisse siehe unter der Rubrik «Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung»).

12. Dezember:

Wahlen

Erneuerungswahlen für die eidgenössischen Geschworenen.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

1. Die Gesamterneuerung des Nationalrates fand am 31. Oktober statt. Im Kanton Bern waren 31 Nationalräte zu wählen. Für die Besetzung dieser Sitze wurden 22 Listen mit 441 Kandidaten eingereicht. Von diesen Kandidaten waren 111 kumuliert. Bei den Nationalratswahlen 1967 wurden 14 Listen mit 261 Kandidaten eingereicht, wovon 98 kumuliert.

Die 31 Mandate des Wahlkreises Bern verteilen sich auf die Listen wie folgt:

Sitzverteilung

Listen	Sitze
1. Nationale Aktion für Volk und Heimat	1
2. Bernische BGB Bürgerpartei	2
3. Bernische BGB Oberland	2
4. Bernische BGB Emmental	2
5. Bernische BGB Ob- u. Nid- u. Aargau	2
6. Bernische BGB Seeland	1
7. Parti jurassien des PAB	1
8. Parti libéral-radical jurassien	1
9. Freisinn Oberland	0
10. Freisinn Mittelland	2
11. Freisinn Ob- u. Nid- u. Aargau/Emmental	1
12. Freisinn Seeland/Laufental	1
13. Jungfreisinnige	0
14. Parti démocrate-chrétien du Jura	1
15. Sozialdemokratische Partei	9
16. Evangelische Volkspartei	1
17. Landesring der Unabhängigen	2
18. Parti chrétien-social indépendant	0
19. Christlich-demokratische Volkspartei	0
20. Schweizerische Republikanische Bewegung	1
21. Volkstümlich	0
22. Parti socialiste jurassien	1
	31

Das Protokoll über die Erneuerungswahlen wurde veröffentlicht im Amtsblatt und im Feuille officielle vom 10. November 1971, von welchem Tage die Einsprachefrist von sechs Tagen zu laufen beginnt.

Beschwerden wurden eingereicht von vier Mitgliedern des Wahlausschusses von Steffisburg (Werner Steuri, Walter Dähler, Hanspeter Mühlethaler und Martin Maron) sowie von Rolf Wenger, Präsident der Freisinnig-demokratischen Partei Thun. Der Nationalrat hat auf Antrag der Wahlprüfungskommission die Beschwerden teilweise gutgeheissen, das Gesamtergebnis des Wahlkreises Bern jedoch validiert.

2. In der Novembersession des Grossen Rates wurden als Mitglieder des Ständerates für eine vierjährige Amtsdauer gewählt: das bisherige Mitglied Maurice Péquignot, Lehrer in Saignelégier, und anstelle des aus Altersrücksichten zurücktretenden Ständerats Dewet Buri, Etzelkofen, Grossrat Fritz Krauchthaler, Landwirt, Wynigen.

Grosser Rat

A. Sessionen

- Ausserordentliche Wintersession vom 1. bis 17. Februar 1971 mit total 14 Sitzungen.
- Frühjahrsession vom 3. bis 25. Mai 1971 mit total 16 Sitzungen.
- Ausserordentliche Herbstsession vom 6. bis 22. September 1971 mit total 15 Sitzungen.
- Wintersession vom 8. bis 23. November 1971 mit total 14 Sitzungen.

B. Präsidium

- Bis am 31. Mai 1971 war Dr. André Cattin Präsident; Hans Mischler 1. Vizepräsident und Erwin Freiburghaus 2. Vizepräsident.
- Am 1. Juni 1971 übernahm Hans Mischler den Vorsitz; Erwin Freiburghaus wurde 1. Vizepräsident und Arthur Hänsenberger 2. Vizepräsident.

C. Im Mitgliederbestand traten folgende Änderungen ein:

- Es traten zurück: Hans Kohler (Huttwil), Hans Ludwig (Bern), Dr. Fritz Messer (Bern), Pierre Grimm (St. Immer), Dr. Ernst Schneider (Affoltern im Emmental), Arthur Villard (Biel), Dr. Gerhart Schürch (Bern), Hans Ruchti (Bern), Dr. med. Hans-Martin Sutermeister (Bern), Raoul Kohler (Biel) und Pierre Gassmann (Delsberg).
- Es wurden als gewählt erklärt: Ferdinand Herzog (Grünenmatt), Sergius Golowin (Matten bei Interlaken), Hans Baumgartner (Bern), Arnold Haenggeli (St. Immer), Ernst Oswald (Dürrenroth), Hermann Fehr (Biel), Walter Bigler (Bern), Dr. Hans Feldmann (Bern), Dr. med. Paul Günter (Matten bei Interlaken), Jean-Jaques Wuthrich (Biel) und Georges Henne (Courtételle).

D. Geschäftserledigung (Verfassungsvorlagen und Gesetze in zweiter Lesung):

Art	Sessionen			
	Februar	Mai	September	November
Verfassung	—	—	1	1
Gesetze	6	4	2	2
Volksbeschlüsse	—	1	—	1
Dekrete	9	3	6	22
Motionen	17	22	18	28
Postulate	8	18	14	19
Interpellationen	9	33	20	13
Schriftliche				
Anfragen	6	25	21	16
Direktionsgeschäfte	44	46	23	27

Ferner wurde in der Maisession die Geschäftsordnung des Grossen Rates abgeändert bzw. ergänzt (Art. 4, Art. 10 und Art. 88^{bis}).

Der Grosse Rat beschloss während der Herbstsession die Ausrichtung einer Herbstzulage 1971 an das Staatspersonal und an die Lehrerschaft.

E. Wahlen

Am 10. Februar 1971 wählte der Grosse Rat:

- als Staatsschreiber: Martin Josi anstelle des verstorbenen Rudolf Stucki;

- als Vizestaatschreiber: André Ory;
- als Oberrichter: Dr. Max Graf anstelle des zurückgetretenen Dr. Edwin Schweingruber;
- als kaufmännisches Mitglied des Handelsgerichtes: Carlo Chiesa anstelle des zurückgetretenen Marcel Tendon;
- Bodenverbesserungskommission, Wiederwahl:
Präsident: Christian Schindler,
Vizepräsident: Joseph Vallat;
Mitglieder: Johann Flückiger, Walter Ingold, Ernest Loeffel, Armin Seewer, Bernhard Wyss.
Ersatzmitglieder: Otto Binz, Hans Blaser, Rodolphe Meister, Adolf Rubin, Ernst Stähli-Abegglen und Hans Wüthrich.
Sekretär: Rolf Scherler.

Am 12. Mai 1971 wählte der Grosse Rat:

- als Präsidenten: Hans Mischler;
- als 1. Vizepräsidenten: Erwin Freiburghaus;
- als 2. Vizepräsidenten: Arthur Hänsenberger;
- sechs Stimmzähler, nämlich Paul Aebi, Dr. Peter Berger, Emil Buchs, Dr. Guido Casetti, Werner Schweizer und Armin Tschudin;
- als Präsidenten des Regierungsrates: Erwin Schneider.
- als Vizepräsidenten des Regierungsrates: Simon Kohler;
- als Mitglied der Paritätischen Kommission: Pierre Haldemann anstelle des zurückgetretenen Otto Messerli.

Am 15. September 1971 wählte der Grosse Rat:

- als Mitglied des Obergerichtes: André Auroi anstelle des zurückgetretenen Dr. Rudolf Holzer;
- als Ersatzmänner des Obergerichtes: Peter Jordan anstelle des zum Oberrichter gewählten Dr. Max Graf und Paul Jufer anstelle des zurückgetretenen Urs Hofer;
- als Mitglied der Paritätischen Kommission des jurassischen Landesteils: Arnold Haenggeli anstelle des zurückgetretenen Pierre Grimm;
- als Mitglied der Verkehrskommission: Dr. Emil Senn anstelle des zurückgetretenen Hans Ludwig;
- als Mitglied der Bodenverbesserungskommission: Rudolf Baumberger anstelle des zurückgetretenen Walter Ingold.

Am 17. November 1971 wählte der Grosse Rat:

- Ständerat: Maurice Péquignot (bisher), Fritz Krauchthaler (neu).
- als Oberrichter: Pierre Schrade anstelle des verstorbenen Peter Schaad;
- als Ersatzmann des Obergerichtes: Jacques Saucy anstelle des zum Oberrichter gewählten André Auroi;
- als 1. Vizepräsidenten der Rekurskommission: Fritz Steinmann anstelle des zurückgetretenen Karl Zingg;
- als Mitglied der Rekurskommission: Ernst Strahm anstelle des zurückgetretenen Fritz Steinmann;
- als Mitglied der Staatswirtschaftskommission: Georges Morand anstelle des zurücktretenden Raoul Kohler;
- vier kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichtes (deutschsprachiger Landesteil):
Fred Zulauf (anstelle von Fred Hänni, Rücktritt),
Friedrich Brügger-Scherz (anstelle von Rudolf Regez, Rücktritt),
Max Kehrli (anstelle des verstorbenen Arthur Linder),
Otto Gloor (anstelle von Max Hommel, Rücktritt);
- Verwaltungs- und Versicherungsgericht:
Präsident des Gesamtgerichtes: Prof. Dr. Gottfried Roos;
Präsident des Versicherungsgerichtes: Wilfried Lüthi;
- als vollamtlicher Richter für beide Gerichte: Jacques Bossart;
- als vollamtlicher Richter am Versicherungsgericht: Dr. Max Heutschi;

- vier nebenamtliche Richter am Verwaltungsgericht: Jean Haas, Dr. Paul Schorer, Heinz Hofmann und Ernst Greminger;
- fünf nebenamtliche Richter am Versicherungsgericht: Heinz Dietrich Gugger, Max Mürner, Kurt Steiner, Hubert Piquerez und Roland Schärer.

F. Der Grosse Rat besichtigte am 4. Februar 1971 das Inselspital und am 4. Mai 1971 die BEA. Der Besuch der Stadttheaters stand am 5. Mai 1971 auf dem Programm.

Am 16. Oktober 1971 fand die übliche Zusammenkunft der Büros der Grossen Räte der Westschweiz und des Tessins in Genf statt.

Regierungsrat

Geschäftserledigung

Der Regierungsrat hat in 74 Sitzungen 4671 Geschäfte behandelt (1970: 107/9308).

Erheblich erklärte, aber noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate

Postulat Leuenberger vom 20. Mai 1969 betreffend Neuregelung der Wahlvorschriften für den Regierungsrat.

Postulat Hänsenberger vom 19. November 1969 betreffend Schaffung einer dem «Ombudsman» nordischer Staaten ähnlichen Institution für den Kanton Bern.

Postulat Rohrbach vom 6. September 1971 betreffend Abänderung des Dekretes vom 10. Mai 1921 über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen.

Nebenbeschäftigungen des Regierungsrates

Die nachstehende Aufzählung enthält nur diejenige Tätigkeit der Mitglieder des Regierungsrates, die als eigentliche Nebenbeschäftigung angesprochen werden kann, d.h. solche Funktionen, die nicht von Amtes wegen zu erfüllen sind und nicht in direktem Zusammenhang mit dem Aufgabenkreis einer Direktion stehen. Der Regierungsrat erachtet es als selbstverständlich, dass z.B. der Verkehrsdirektor die Interessen des Kantons Bern in den Verkehrsgesellschaften, und der Finanzdirektor diejenigen in den Finanzgesellschaften vertritt.

Regierungsrat Dr. R. Bauder

Bern-Neuenburg-Bahn
BLS
Electricité Neuchâteloise
Berner Elektrochemische Werke AG
Krankenkasse für den Kanton Bern
Kraftwerke Oberhasli AG

Regierungsrat H. Huber

SEVA
Hypothekarkasse
Gesellschaft Schweizer Zahlenlotto

Regierungsrat F. Moser

Aare- und Emmekanal-Gesellschaft
BKW
BKW Beteiligungsgesellschaft
Vereinigte Huttwilbahnen

Regierungsrat Dr. H. Tschumi

Electricité de la Lienne SA
Kraftwerke Oberhasli AG

Verkehrsbetriebe Steffisburg–Thun–Interlaken
Kursaal Interlaken
Nationalbank

Regierungsrat E. Schneider

Engadiner Kraftwerke
Kraftwerke Hinterrhein
Simmentaler Kraftwerke

Regierungsrat A. Blaser

Solothurn–Zollikofen–Bern-Bahn

Regierungsrat S. Kohler

Forces Motrices Mauvoisin SA, Sion

Regierungsrat Dr. E. Jaberg

GBS-Bahn
Zuckerfabrik Aarberg AG
Aarewerk AG

Regierungsrat E. Blaser

BKW Beteiligungsgesellschaft
MOB

Die folgenden Regierungsräte sind Mitglieder der Bundesversammlung: Dr. H. Tschumi und S. Kohler.

Staatskanzlei

Tätigkeit

Den Direktionen überwiesene Eingänge: 1678 (2239).
Drucksachenbestellungen: Verkaufssumme 219826.70 Franken (222029.25 Fr.).

Beglaubigung von Unterschriften: 35419 (35429), wovon Gebühren verrechnet wurden 99560 Franken (98000 Fr.), davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden 62088 Franken (62614 Fr.), belegt vom Legalisationsbüro oder durch Bareinnahmen 37472 Franken (35386 Fr.).

Im Anweisungsverkehr erledigte Geschäfte: 619 (3162), die einen Gebührenbetrag von 544418 Franken (533947 Fr.) ergaben.

Die französische Abteilung erledigte 2343 (3257) Geschäfte, wovon 1021 (1844) des Regierungsrates, 306 (277) zuhanden der Direktionen, 526 (657) zuhanden des Grossen Rates und 490 (479) diverse.

Personelles

Als Vorsteher der französischen Abteilung der Staatskanzlei mit Amtsantritt auf 1. Oktober 1971 wählte der Regierungsrat am 11. August 1971 Herrn Pierre Perrenoud, anstelle des zurückgetretenen Herrn Jean Perret. An die neugeschaffene Stelle eines 3. Übersetzters wurde Herr Emile Lachat ernannt. Fräulein Irène Krattiger wurde als Sekretärin des Vizestaatschreibers gewählt.

Auf Ende des Berichtsjahres trat Herr Ercole Pelozzi als Rechnungsführer/Registrator der Staatskanzlei infolge seiner Wahl zum Vorsteher des Amtes für Fremdenverkehrsförderung zurück. An die frei gewordene Stelle trat Herr André Boïchat, bisher Kanzleisekretär. Als dessen Nachfolger wurde Herr Peter Müller ernannt.

Benutzung des Rathauses im Jahre 1971

Im Laufe des Berichtsjahres wurde das Rathaus wie folgt benutzt:

Grossratssaal	121 Sitzungen
Sitzungszimmer	570 Sitzungen
Rathaushalle	41 Anlässe

Zur Deckung der Selbstkosten wurden für nichtamtliche Anlässe Gebühren im Betrage von 13201.50 Franken erhoben. Auf Voranmeldung hin besichtigten das Rathaus ungefähr 3300 Personen.

Staatsarchiv

I. Personelles

Zur Betreuung der umfangreichen deutschsprachigen Bestände des ehemals fürstbischöflich-baselschen Archivs wurde mit Amtsantritt auf den 1. Juli 1971 als Archivar deutscher Muttersprache an der Archivfiliale Pruntrut Dr. des. Leo Neuhaus, von Zeihen AG, in Zürich, gewählt. Dr. Neuhaus hat zuvor während vieler Jahre im Auftrag des Bundesarchivs in ausländischen Archiven an der Erschliessung schweizergeschichtlicher Quellen gearbeitet. Die seit Mai 1970 verwaiste Stelle des Lesesaalbeamten des Staatsarchivs konnte noch nicht besetzt werden. Wiederum wurden zur Erledigung bestimmter Arbeiten Hilfskräfte beigezogen.

II. Benutzung

Die Besucherstatistik des Lesesaales weist 4481 Besuche von 980 Personen aus. 607 weitere Personen haben das Staatsarchiv zum Zwecke heraldischer Auskünfte aufgesucht.

III. Zuwachs

An grösseren Ablieferungen kantonaler Amtsstellen sind zu verzeichnen: Von der Staatskanzlei die Wahl- und Abstimmungsprotokolle 1968–1970, die Geschäftslisten des Regierungsrates 1940–1964, die Akten des Regierungsrates 1947–1967, die Protokolle des Grosses Rates 1931–1966 samt den Geschäftskontrollen sowie die Eingangskontrollen 1935–1968, die Korrespondenzkontrollen 1931–1968, die Korrespondenzen 1947–1967, die Versandkontrollen 1955–1968 und die Legalisationskontrollen 1959–1970 der Staatskanzlei, insgesamt 160 Einheiten. Von der Volkswirtschaftsdirektion Doppel der Journale und Belege 1965–1969/70. Von der Militärdirektion die Direktionsakten 1929–1940 samt den entsprechenden Geschäftskontrollen. Von der Finanzdirektion die Protokolle der Staatswirtschaftskommission 1867–1902 und 1921; vom Statistischen Büro 57 Schachteln und Mappen Familienstatistik 1956. Von den Primarschulinspektoraten der Kreise VI, VII und XIII 25 Bände verschiedenen Inhalts. Von der Gemeindedirektion 142 Mappen Direktionsakten 1942–1948 sowie 31 Mappen Akten zu Güterausscheidungen seit 1851.

An Leihgaben durfte das Archiv entgegennehmen: Vom Schweizerischen Autostrassenverein die Akten zum Projekt der Autostrasse Bern–Thun von 1928–1930. Von Herrn Dr. h. c. O. Kellerhals, Bern, im Namen der Familien Kellerhals und Scheurer eine Maschinenabschrift der Tagebücher von Bundesrat Karl Scheurer aus den Jahren 1914–1929. Für die Benutzung dieser Tagebücher ist bis zum Jahre 1992 noch eine Bewilligung der Besitzer erforderlich.

Das Staatsarchiv ist folgenden Damen und Herren für die Schenkung beziehungsweise Vermittlung von Originaldokumenten, von alten amtlichen oder privaten Drucksachen sowie Raritäten auf dem Gebiete der älteren historischen Literatur zu Dank verpflichtet: A. Anklin, Thun; Dr. H. Balmer, Konolfingen; Frau Chr. Berger-Frutiger, Steffisburg; Redaktor H. Böschenstein, Bern; Dr. R. Egger, Langnau; Frau N. Flückiger, Murten; Prof. Dr. E. Gruner, Wabern; Fräulein P. El. Lehmann, Bern; Dr. med. W. Nussbaum, Bern; Oberst R. Regez, Spiez; Staatsarchivar A. Schnegg, Neuenburg; L. Segginger, Laufen; Dr. M. Stettler, Steffisburg, und Prof. Dr. H. G. Wirz, Bern.

Der Bestand der Bibliothek vermehrte sich um 519 Bände, 421 Broschüren und 75 Einzelblätter, wovon 315 Bände und 396 Broschüren geschenkt oder von Amtsstellen abgeliefert wurden.

Der oben erwähnte Zuwachs besitzt eine Gesamtlänge von rund 110 Laufmetern.

IV. Mikrofilme

Stichproben an den unter Fels eingelagerten Sicherheitsfilmen der umfangreichen Mikrofilm-Aktion der Jahre 1955–1957 zeigten ein gutes Ergebnis.

V. Allgemeine Verwaltung

Die im Jahre 1970 begonnenen Verschiebungen vom vierten in den fünften Magazinboden erfassten 1971 von der Bibliothek die Abteilungen A bis O ohne die Abteilung L (rund 800 Laufmeter) und nach vorgängiger Sichtung auch einen Teil der grossen Bestände an amtlichen Drucksachen aller Art.

Für die Inventarisierung und Neuauflistung der grossen Abteilung des Kanzleiarchivs wurden Vorarbeiten geleistet. An Erschliessungsarbeiten sind im Gange: die Sichtung des Nachlasses von Staatsarchivar und Bundesarchivar Prof. Dr. h. c. Heinrich Türler, die Neuordnung der Passgesuche 1854–1900 und die Erstellung einer Kartei zur bernischen Lokalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts anhand des «Bernier Taschenbuchs» 1852–1934 und der Tageszeitung «Der Bund». Die Restauration schadhafter Bucheinbände wurde hauptsächlich innerhalb der Archivgruppe der Ratsmanuale fortgesetzt; im ganzen wurden 166 Bände restauriert.

VI. Führungen und Ausstellungen

Ein bewährtes Mittel, das Staatsarchiv weiteren Kreisen bekannt zu machen, sind die Führungen, die jeweils mit auf die Interessen der Besucher abgestimmten Ausstellungen von Archivgut verbunden werden. Es wurden 16 Führungen veranstaltet, in der Mehrzahl für Studentengruppen und für Klassen der Berufs- und höheren Mittelschulen.

An die Ausstellung anlässlich der 1000-Jahr-Feier Oberbipp vom 3. bis 5. September 1971 wurden einige Urkunden ausgeliehen.

VII. Fortbildungskurse

Adjunkt Dr. H. Michel beendigte an drei Halbtagen einen im Vorjahr begonnenen, von der Sektion Biel-Seeland des Bernischen Lehrervereins organisierten Kurs zur Ortsgeschichte des Seelandes. Seit Jahrzehnten führt das Staatsarchiv im Rahmen der von der Vereinigung für Handarbeit und Schulreform veranstalteten Fortbildungskurse Kurse für Urkundenlesen und geschichtliche Heimatkunde durch. Der von H. Schmocker geleitete Anfängerkurs 1971 zählte acht Teilnehmer. Ausserdem erteilten die Herren Dr. H. Michel, H. Schmocker und H. Wandfluh, gewesene Archivbeamte, an der Volkshochschule Bern an sieben Abenden den ersten Teil ihres Kurses «Heraldik für bernische Verhältnisse».

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten

An historischen Aufsätzen oder grösseren Berichten zum internen Gebrauch der Verwaltung wurden von den wissenschaftlichen Beamten 15 Arbeiten verfasst.

Das Staatsarchiv besorgte die Redaktion und Geschäftsführung der «Bernier Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde». Die finanzielle Basis dieser Zeitschrift hat sich verbreitert, da sich den bisherigen Herausgebern – Staatsarchiv, Bürgerbibliothek, Stadtarchiv und Stadt- und Universitätsbibliothek, alle in Bern – nun auch noch der Historische Verein

des Kantons Bern angeschlossen hat. Adjunkt Dr. H. Michel betreute als Redaktor des Jahresorgans des Historischen Vereins des Kantons Bern die Drucklegung der Dissertation von Hugo Wermelinger über «Lebensmittelteuerungen, ihre Bekämpfung und ihre politischen Rückwirkungen in Bern vom ausgehenden 15. Jahrhundert bis in die Zeit der Kappelerkriege». Assistent Dr. H. Specker leistete wissenschaftliche Hilfe bei der Herausgabe der in Neuauflage erscheinenden beiden ersten Bände des Stadtrechts von Bern in der Reihe der Bernischen Rechtsquellen.

IX. Ehemals fürstbischöflich-baselsches Archiv

Das Archiv des ehemaligen Fürstbistums Basel in Pruntrut verzeichnet 832 Besuche von 492 Personen.

Die Handbibliothek vergrösserte ihren Bestand gutenteils dank Geschenken um 88 Bücher und Broschüren.

An bedeutenden Schenkungen von Archivalien sind eingegangen: Von Herrn Robert Genevay vom Ministère de l'Équipement, Paris, über 200 Pergament- und Papierurkunden. Von Herrn R. Blanchard, Neuenburg, Familienpapiere, darunter das «Livre de remarques des années 1809 à 1870» von Frédéric-Louis Blanchard. Von Herrn Dr. Charles Krähenbühl, Arzt in St. Immer, drei Dokumente aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Das Archiv erwarb 161 Photokopien von Dokumenten zur Geschichte des Fürstbistums Basel im Generallandesarchiv Karlsruhe.

Die Erschliessungsarbeiten konzentrierten sich auf die Erstellung eines detaillierten Inventars der Gruppen Nr. 1 bis 15 der Archivabteilung «Spiritualia».

Es wurden für elf Besuchergruppen Führungen veranstaltet; der Konservator hielt zahlreiche Referate zur jurassischen Geschichte und leistete wiederum im beträchtlichen Ausmass wissenschaftliche Hilfe an das Glossaire des Patois de la Suisse romande in Lausanne.

X. Legat des Ehepaars Dr. Hans Spreng-Reinhardt

(Geschichte des Städtchens Unterseen)

Dieser Fonds vermehrte sich um den Jahreszins pro 1971 von 146.10 Franken und erreichte auf den 31. Dezember 1971 den Betrag von 3222.70 Franken.

XI. Hallwil-Archiv

Dem Zinsertrag von 1013.45 Franken dieses Fonds zum Unterhalt und zur Pflege des Hallwil-Archivs (Dauerleihgabe) stehen nur geringfügige Aufwendungen gegenüber. Innert Jahresfrist hob sich der Bestand des Fonds von 21349 Franken auf 22351.40 Franken. Universitätsassistent August Bickel, Ossingen ZH, setzte die Forschungsarbeit für seine Dissertation «Geschichte der Herren von Hallwil» fort.

Amt für Information und Dokumentation

Allgemeines und Personelles

Das Amt für Information und Dokumentation trat am 1. April an die Stelle des Amtes für Beziehungen zur Öffentlichkeit, vorerst in dessen Räumen an der Zeughausgasse 22. Am 20. April dislozierte das Amt an die Schläflistrasse 17. Dieser Standort befriedigte aber nicht. Die notwendigen Kontakte sowohl mit der Verwaltung wie mit der Presse gestalteten sich schwierig. Deshalb wird das Amt im Frühjahr 1972 an die Postgasse 68 zügeln, das heisst in die Nähe der Staatskanzlei.

Mit den organisatorischen Änderungen war auch ein personeller Wechsel verbunden. Der Vorsteher des Amtes für Bezie-

hungen zur Öffentlichkeit, André Ory, wurde in der Februar-session vom Grossen Rat zum Vizestaatsschreiber gewählt. Vorsteher des Amtes für Information und Dokumentation und gleichzeitig Informationschef wurde Robert Aemmer. Die Leitung der Dokumentationsstelle übernahm vorübergehend Jacqueline Etter. Seit 1. Oktober bekleidet Françoise Emmenegger die Stelle des Dokumentationschefs. Kanzleichef ist seit anfangs 1971 Kurt Venner. Als Sekretärinnen arbeiten seit 1. April Frau Mariella Wüthrich-Mehr und seit 15. Juni Frau Sylvia Hunziker-Hediger (halbtagsweise).

Information

Die Aufgaben des neuen Amtes sind im Dekret über die Organisation der Präsidialabteilung festgelegt. Bisher wurde beim Aufbau das Hauptgewicht auf die erste Aufgabe, das heisst auf die Information, gelegt.

Das Amt übernahm die Berichterstattung über die Regierungsratsverhandlungen. Daneben veröffentlichte es Communiqués der Direktionen und einzelner Ämter, wobei die Texte teilweise durch das AID redigiert wurden. Quantitativ ist der Ausbau der Information deutlich: 1970 wurden durch das Amt für Beziehungen zur Öffentlichkeit rund 60 Pressemitteilungen versandt, 1971 waren es etwa 140.

Im August wurde ein Fernschreiber installiert. So können wichtige Meldungen schneller veröffentlicht werden. Grosse Dienste leistete der Telex vor allem bei Wahlen und Abstimmungen.

Das AID wirkte bei der Durchführung mehrerer Pressekonferenzen und der Pressefahrt der Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten mit.

Für die gesamte Informationstätigkeit der bernischen Verwaltung werden Richtlinien aufgestellt. Zur Abklärung und Vorbereitung wurden verschiedene interne Besprechungen durchgeführt.

Grosse Bedeutung wurde der individuellen Auskunfterteilung an die Vertreter der Presse und der Massenmedien beigemessen. Es konnten zahlreiche Kontakte zwischen Journalisten und Verwaltungsstellen vermittelt werden.

Im August wurde nach längerem Unterbruch wieder eine Nummer der «Bernischen Informationsblätter» herausgegeben. Eine weitere Nummer folgte im November. Der Empfängerkreis wurde erweitert. Mehr als bisher soll dieses Mitteilungsblatt der internen Information dienen. Die Auflage beträgt rund 800. 36mal wurde die «Bernische Presseschau» an rund 140 Empfänger (Behördemitglieder, Journalisten und andere Interessierte) versandt. Während vorher fast ausschliesslich Artikel im Zusammenhang mit der Jurafrage zusammengefasst wurden, ist das AID bestrebt, den Rahmen weiter zu fassen, um

so ein Bild über die Beurteilung aller wichtigen bernischen Probleme zu vermitteln. Es hat sich jedoch gezeigt, dass von allen bernischen Problemen nach wie vor die Jurafrage die grösste Beachtung in der Presse findet.

Zu den Aufgaben des AID gehört nicht nur die Information der Öffentlichkeit über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, sondern auch umgekehrt die Orientierung der Verwaltung über Vorgänge in der Öffentlichkeit und über die Berichterstattung in der Presse. Dreimal wöchentlich werden den Direktionen die sie interessierenden Zeitungsausschnitte zugestellt. In dringenden Fällen wurden die zuständigen Verwaltungsstellen sofort in Kenntnis gesetzt. In einigen Fällen wurden Stellungnahmen oder Richtigstellungen publiziert. Das AID hat auch damit begonnen, Sendungen des Radios und des Fernsehens auszuwerten.

Dokumentation

Seit der Maisession 1971 steht die Dokumentationsstelle den Grossräten während der Sessionen in der Staatskanzlei zur Verfügung. Die Dokumentationsaufträge der Parlamentarier bezogen sich vor allem auf Gesetzestexte und auf historische Nachforschungen (beispielsweise auf frühere Verhandlungen). Zuhanden der Verwaltung wurde eine Kartothek eingerichtet, in der seit der Septembersession alle parlamentarischen Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen, schriftliche Anfragen) systematisch nach Schlagworten registriert werden.

Zwischen den Sessionen wurden grössere Arbeiten ausgeführt, unter anderem eine Meinungsumfrage im Rahmen der Regionalplanung Plateau de Diesse und eine Untersuchung über die Probleme der Strassenverbindungen für die Juradeputation des Grossen Rates.

Für kantonale Behörden wurden verschiedene Nachforschungen durchgeführt und Dokumentationen gesammelt, zum Teil im Zusammenhang mit der Jurafrage, zum Teil über andere Fragen.

Aber auch von privater Seite (besonders von Journalisten, Schülern und Studenten) kamen Wünsche für Dokumentation. Diese Anfragen betrafen unter anderem die Orts- und Regionalplanung, die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den bernischen Gemeinden, Statistiken, die Organisation der Verwaltung, die Gesetzgebung und geschichtliche Nachforschungen.

Bern, im März 1972

Der Regierungspräsident:

E. Schneider

Vom Regierungsrat genehmigt am 12. April 1972

Der Staatsschreiber: *Josi*